

Auf der Einnahmenseite hat die Regierung 859,2 Mrd.NT\$ angesetzt. Dies ist ein Plus von 6,4% gegenüber dem Budget für das Fiskaljahr 1992/93. Dabei sollen 76,3% oder 655,3 Mrd. NT\$ (+9,1%) aus Steuern, 15,3% oder 131,3 Mrd.NT\$ (-6,5%) in Form von Gewinnen der staatlichen Unternehmen sowie des Tabak- und Weinmonopols zufließen.

Das Haushaltsdefizit wird mit 248,5 Mrd.NT\$ veranschlagt. Es soll über staatliche Schuldverschreibungen in Höhe von 193,5 Mrd.NT\$ und aus überschüssigen Mitteln vergangener Etats (55 Mrd.NT\$) finanziert werden. Obwohl dieser Fehlbetrag um 52,4 Mrd.NT\$ unter dem des Vorjahres liegt, wird er sich durch die o.g. Zusatzhaushalte tatsächlich weiter erhöhen. Diese werden allein durch Anleihen gedeckt.

In den letzten fünf Fiskaljahren hat sich das Volumen der staatlichen Schuldverschreibungen drastisch erhöht. Lag ihr akkumulierter Wert (einschließlich Zusatzhaushalte) im Finanzjahr 1989/90 erst bei 147,4 Mrd. NT\$, so sind es im kommenden Haushaltsjahr bereits rd. 1,1 Bill.NT\$. Dies entspricht einem Anteil von 83% am Gesamthaushalt und einer Quote von 17,4% am taiwanischen Sozialprodukt. (NfA, 25.3.93; LHB, 19.3.93; *Jingji Ribao*, Taipei, 19.3.93; ZYRB, 1.4.93) -ni-

*(35) Fehlbetrag in Zahlungsbilanz 1992

Taiwans internationale Zahlungsbilanz wies 1992 zum ersten Mal seit zwölf Jahren wieder ein Defizit auf, und zwar in Höhe von 639 Mio.US\$ - das größte Loch seit zwanzig Jahren. Im Jahr zuvor hatte es noch ein Plus von 7.329 Mio.US\$ gegeben. (FCJ, 9.3.93)

Der Einbruch ist in erster Linie ein Ergebnis der Entwicklung im letzten Quartal 1992, in dem für umfangreiche Käufe militärischer Ausrüstungsgüter dem Vernehmen nach Mittel vorgestreckt worden sind. Die kurzfristige Kapitalbilanz registrierte im 4. Quartal ein Defizit von 3.812 Mio.US\$ und über das Gesamtjahr sogar einen negativen Saldo von 4.880 (1991: 2.084) Mio.US\$. Weitere Ursachen für die negative Entwicklung der Zahlungsströme liegen in den gestiegenen tai-

wanischen Direktinvestitionen im Ausland, sonstigen langfristigen Kapitalabflüssen sowie in der abgeschwächten Exporttätigkeit.

Im einzelnen ging 1992 der Überschuß in der Handelsbilanz um 19,8% auf 12.644 Mio.US\$ zurück. Dabei standen Ausfuhren in Höhe von 80.724 Mio. US\$ (+6,9%) Einfuhren von 68.080 Mio.US\$ (+13,9%) gegenüber. Der Abbau der hohen Handelsüberschüsse ist einmal das Ergebnis der abgeschwächten Weltkonjunktur (so verringerten sich z.B. die Lieferungen nach Europa deutlich) sowie des starken Neuen Taiwan-Dollar, darüber hinaus aber auch auf den hohen Bedarf an ausländischen Ausrüstungen im Zusammenhang mit den Projekten des Nationalen Sechsjahresplans zurückzuführen.

Der Saldo der Dienstleistungsbilanz wies 1992, u.a. wegen der weiter gestiegenen Auslandsreisetätigkeit der Taiwaner, ein Minus von 4.543 (1991: -3.425) Mio.US\$ auf. Der Fehlbetrag bei den unentgeltlichen Leistungen blieb dagegen mit 204 (251) Mio.US\$ praktisch unverändert. Aus diesen Zahlen ergibt sich für 1992 für die Bilanz der laufenden Posten ein Überschuß von 7.897 (12.015) Mio.US\$.

Die langfristigen Kapitalabflüsse, die 1991 auf 4.731 Mio.US\$ zurückgegangen waren, haben sich im letzten Jahr wieder verstärkt. Per Saldo wurde hier ein Minus von 8.101 Mio.US\$ registriert. Taiwanischen Auslandsdirektinvestitionen von 1.691 (1991: 1.854) Mio.US\$ standen ausländische Anlagen auf der Insel von nur 879 (1.271) Mio.US\$ gegenüber. (NfA, 11.3.93)

Infolge der Kapitalabflüsse sanken die Devisenreserven der Zentralbank Ende 1992 beim Jahresvergleich von 82.400 Mio.US\$ auf 82.300 Mio.US\$. Damit hat Taiwan die erste Stelle an Deutschland verloren, dessen Devisenreserven sich infolge der massiven Marktinterventionen durch die Bundesbank zur Verteidigung des Außenwertes der DM Ende 1992 auf 85.900 Mio.US\$ erhöhten. Während die Devisenreserven der Zentralbank Taiwans schrumpften, nahmen die privaten Auslandsvermögen der Insel schnell zu, und zwar 1992 um 8.546 Mio.US\$ auf fast 40.000 Mio.US\$. (LHB, 6. u. 16.3.93) -ni-

Hongkong

*(36)

Zuspitzung des sino-britischen Streits um politische Reformen in Hongkong

Im März erreichte der Nervenkrieg zwischen Beijing und Hongkongs Gouverneur Chris Patten wegen dessen politischen Reformpläne für die britische Kolonie, die 1997 an China übergeben wird, wieder einen Höhepunkt. Wie berichtet (C.a., Okt. 1992, Ü 42, Nov., Ü 45, Dez., Ü 34), brach ein großer Streit zwischen beiden Seiten aus, als der Gouverneur in seiner Antrittsrede vor dem Hongkonger Legislativrat (Parlament) ankündigte, durch Wahlreform und Umstrukturierung des Parlaments die Demokratisierung in der Kolonie noch vor der Wende zu beschleunigen. China warf Patten vor, die sino-britischen Vereinbarungen verletzt und dem chinesischen Grundgesetz für Hongkong ab 1997 widersprechen zu haben. Um eine reibungslose Übergabe Hongkongs zu gewährleisten, verlangte Beijing von Patten, die Reformpläne zurückzuziehen. Dies lehnte Patten wiederum strikt ab und forderte die Chinesen auf, einen Gegenvorschlag zur Diskussion zu unterbreiten. Auch auf der 25. Sitzung der Sino-britischen Liaisongruppe (JLG) vom 8.-10. Dezember 1992 konnten beide Seiten keinen Kompromiß finden.

In langwierigen Wortgefechten drohte Patten, einseitig die Reformen durchzuführen, wenn Beijing sich länger weigert, darüber zu verhandeln. Darauf konterte die chinesische Seite in scharfen Worten: sie werde Pattens Reformen nicht anerkennen und nach der Übernahme Hongkongs "einen anderen Herd" (eigenes Modell) errichten.

Anfang März signalisierte dann Beijing seine Bereitschaft, wieder an den Verhandlungstisch zurückzukehren, lehnte jedoch kategorisch ab, Vertreter der Hongkonger Regierung als volle Mitglieder der britischen Delegation zu akzeptieren, da es im Hinblick auf die Souveränitätsfrage das "Dreifußhocker"-Verhandlungsmodell nicht dulden werde.

Um die Chinesen unter Druck zu setzen, veröffentlichte Patten am 12. März seinen Gesetzentwurf in der

Hongkonger Amtsgazette, d.h. eine Vorstufe vor Einreichung ins Parlament. Beijing empfand dies als Provokation und verstärkte wieder seine scharfen Attacken gegen Patten.

Auch die Veröffentlichung des Gesetzesentwurfs nur wenige Tage vor der Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses in Beijing, war unglücklich: Kein chinesischer Politiker kann vor diesen Kongreß treten und dort den Eindruck erwecken, er werde nun auf neuen Druck hin doch auf Verhandlungen eingehen. Die chinesische Reaktion zeigt, daß Beijing vom Schachzug Pattens überrascht und verwirrt wurde. In fast allen Stellungnahmen wurde vor allem von "Überumpelung" und "Schock" gesprochen. Die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua verkündete sofort, daß nun jedes Gespräch zwischen China und Großbritannien unmöglich geworden sei. Die für Hongkong und Macau verantwortliche chinesische Regierungskommission äußerte sich schon etwas vorsichtiger, und Premierminister Li Peng sprach vorsichtig nur von "neuen Hürden" und einer "Behinderung" der weiteren Verhandlung. Die Tür scheint also noch einen kleinen Spalt weit offenzustehen. (NZZ, 17.3.93)

Der Konflikt über die Demokratisierung Hongkongs mit China könnte dazu führen, daß Patten vor Ablauf der Amtszeit im Juni 1997 gegen seinen Willen gezwungen wird, seine Aufgabe als Gouverneur der Kronkolonie Hongkong aufzugeben. Das kündigte er am 30. März im Rundfunk von Singapur an. Nach seinen Worten wolle er zwar die auf fünf Jahre angesetzte Regierungszeit vollständig absolvieren, durch die Haltung der VR China könnte dies jedoch unmöglich werden. Patten sagte, es gebe nicht genug Vertrauen zwischen China und Großbritannien. (HB, 31.3.93) -ni-

*(37)

Hongkongs Haushaltsplan für 1993/94 wieder mit Defizit

Hongkongs Finanzsekretär Hamish Macleod hat am 3. März dem Legislativrat (Parlament) den Haushaltsplan für das Finanzjahr 1993/94 (1. April-31. März) vorgelegt, in dem Einnahmen in Höhe von 150 Mrd. HK\$ (7,80 HK\$ = 1 US\$) und Ausgaben in Höhe von 153,4 Mrd. HK\$ vorgesehen sind, damit

gibt es zum erstenmal seit sieben Jahren wieder ein Defizit. Das Defizit von 3,36 Mrd. HK\$ soll aus den Finanzreserven finanziert werden. Im abgelaufenen Finanzjahr 1992/93 hat die Kolonialregierung nach dem Bericht des Finanzsekretärs noch einen Überschuß von 20,5 Mrd. HK\$ erzielt, weit über dem ursprünglich geplanten Betrag von 7,55 Mrd. HK\$. Die Gesamtreserven häuften sich damit auf 119,6 Mrd. HK\$.

Die Regierung will einerseits im neuen Finanzjahr eine Reihe von Steuern und Abgaben reduzieren, andererseits die Ausgaben für Soziales und Wirtschaftssubventionen erhöhen. Die Gesamtausgaben liegen um 33% höher als im Vorjahr. Macleod kündigte zugleich an, Hongkong werde bis 1997, wenn die Kolonie an China zurückgegeben wird, alle Haushalte in den roten Zahlen halten. Trotzdem werde die Kolonialregierung 1997 noch 78,4 Mrd. HK\$ an Reserven hinterlassen, erheblich mehr als die China gegenüber versprochene Summe von 25 Mrd. HK\$.

Die Ausgabenexpansion der Kolonialregierung stieß auf scharfe Kritik von China. China warf den Briten vor, bis zur Übergabe der Kolonie deren Reichtümer zu verschleudern. Hingegen argumentiert die britische Kolonialregierung, daß sie durch hohe Investitionen in die Infrastruktur die Stabilität der Stadt während der Übergangszeit sichern wolle. Das Bruttoinlandsprodukt von Hongkong wird 1993 nach Macleod voraussichtlich um 5,5% steigen, nach 5% im Vorjahr, und die Inflationsrate mit 9,5% wird sich etwa auf der Höhe des Vorjahres (9,4%) halten. (SCMP, 4.3.93; DGB, 5.3.93; NZZ, 6.3.93; *The Month in Hong Kong*, Hong Kong Economic and Trade Office, Brussels, Feb. 1993) -ni-